

Eberhard Vetter

Beiträge zur inneren
Ordnung des Aufsichtsrates
der mitbestimmten
Aktiengesellschaft

Eine Untersuchung
zum MitbestG 1976

B 39 456

Juristische Gesamtbibliothek
der Technischen Hochschule
Darmstadt



PETER LANG
Frankfurt am Main · Bern

GLIEDERUNG

	Seite
<u>Einleitung</u>	1
<u>1. Kapitel: Die Konzeption des mitbestimmten Aufsichtsrates</u>	5
I. Einleitung	5
II. Problemstellung	5
III. Konzeptionsmöglichkeiten des mitbestimmten Aufsichtsrates	7
1. Konfliktmodell	8
2. Gesellschaftsbezogenes Integrationsmodell	8
3. Unternehmensbezogenes Integrationsmodell	9
IV. Stellungnahme	9
1. Der Grundsatz der Homogenität des Aufsichtsrates	9
2. Der Bezugsrahmen des mitbestimmten Aufsichtsrates	15
a. Der mitbestimmte Aufsichtsrat als Gesellschafts- oder Unternehmensorgan	15
aa. Außenbeziehungen des Unternehmens	15
bb. Unternehmensinterne Beziehungen	18
b. Interessenpluralistische Zielbestimmung des mitbestimmten Aufsichtsrates?	20
aa. Historische Zielsetzung	20
aaa. Der mitbestimmungsfreie Aufsichtsrat	20
bbb. Der drittelparitätische Aufsichtsrat nach dem BetrVG 1952	21

bb.	§ 70 AktG 1937 als Versuch der interessenpluralistischen Zielsetzung kraft Gesetzes	22
cc.	Der Grundsatz des Anlegerschutzes im Aktienrecht	24
dd.	Das Unternehmensinteresse als Verhaltensmaßstab	28
aaa.	Zum Begriff des Unternehmensinteresses	28
bbb.	Einwände gegen das Unternehmensinteresse	29
aaaa.	Das "Unternehmen" als Träger des Unternehmensinteresses?	30
bbbb.	Das Gebot des Kapitalanlegerschutzes	30
cccc.	Das Erhaltungsinteresse als Versuch der Konkretisierung des Unternehmensinteresses	31
aaaaa.	Partielle Rückkehr zum Konfliktmodell	32
bbbbbb.	Die Unverbindlichkeit des Erhaltungsinteresses	33
ccc.	Zwischenergebnis	35
ee.	Das Gesellschaftsinteresse als Verhaltensmaßstab	36
aaa.	Kongruenz der Ordnungsprinzipien der Binnenstruktur der Unternehmen mit der Gesamtwirtschaftsordnung	36
bbb.	Einpassung des MitbestG in die Gesamtwirtschaftsordnung	37
ccc.	Das Mitbestimmungsurteil des Bundesverfassungsgerichts	38
aaaa.	Die Privatnützigkeit des Eigentums	39
bbbb.	Folgerungen für die Rechtsanwendung	41
3.	Ergebnis	43

<u>2. Kapitel:</u> Die Kompetenz zur Regelung der inneren Ordnung des mitbestimmten Aufsichtsrates	44
I. Vorbemerkung	44
II. Der Meinungsstand zur Regelungskompetenz der Satzung und der Geschäftsordnungsautonomie des mitbestimmten Aufsichtsrates	45
1. Die Auffassung von der Geschäftsordnungsautonomie des mitbestimmten Aufsichtsrates	45
2. Die Auffassung der herrschenden Meinung	46
III. Stellungnahme	47
1. Die Kompetenzverteilung in der mitbestimmungsfreien AG	47
a. Allgemeine Überlegungen	47
b. Rechtsvergleichende Feststellungen	49
c. Satzungsmaßige Regelungen der inneren Ordnung des Aufsichtsrates als Ergänzung des Gesetzes i. S. von § 23 Abs. V S. 2 AktG	50
d. Zwischenergebnis	52
2. Die Kompetenzverteilung unter der Geltung des MitbestG	52
a. Gesetzeswortlaut der §§ 25 ff MitbestG	52
b. Gesetzesmaterialien	54
c. Mitbestimmungstradition	55
d. Veränderte Zusammensetzung des Aufsichtsrates durch das MitbestG	56
e. Die Labilität des Entscheidungsprozesses im mitbestimmten Aufsichtsrat	57
f. Das Mitbestimmungsurteil des Bundesverfassungsgerichts	59
3. Ergebnis	60

<u>3. Kapitel: Die Kompetenz zur Festlegung der zustimmungspflichtigen Geschäfte nach § 111 Abs. IV S. 2 AktG</u>	62
I. Vorbemerkung	62
II. Die zustimmungspflichtigen Geschäfte im Verhältnis zur Kompetenz des Vorstandes	64
III. Die zustimmungspflichtigen Geschäfte im Verhältnis zur Kompetenz der Hauptversammlung	65
1. Meinungsstand	66
a. Herrschende Meinung	66
b. Mindermeinung von Hueck, Wiedemann und Hölters	66
c. Differenzierende Auffassungen hinsichtlich dem Recht der AG und der GmbH	67
2. Die Regelung der zustimmungspflichtigen Geschäfte unter Berücksichtigung des AktG	68
a. Das Recht zum Zustimmungsvorbehalt im Verhältnis zur gesetzlichen Aufgabenstellung des Aufsichtsrates	68
b. Gesetzeswortlaut von § 111 Abs. IV S. 2 AktG	70
c. Gesetzssystematik	70
d. Entwicklungsgeschichte des Rechts des Aufsichtsrates zur Statuierung von Zustimmungsvorbehalten	73
e. Effektivität der Aufsichtsratskontrolle	76
aa. Präventivkontrolle als notwendiger Bestandteil der Überwachungsaufgabe des Aufsichtsrates?	76
bb. Autonomie des Aufsichtsrates als notwendige Funktion der Überwachung?	78
f. Ergebnis	78
3. Die Regelung der zustimmungspflichtigen Geschäfte unter Berücksichtigung des MitbestG	79

<u>4. Kapitel: Aufsichtsratsvorsitz und Stellvertretung</u>	82
I. Die Wahl von Aufsichtsratsvorsitzendem und Stellvertreter	82
1. Die Wahl mit Zweidrittelmehrheit gemäß § 27 Abs. I MitbestG	82
2. Die Wahl mit einfacher Mehrheit gemäß § 27 Abs. II MitbestG	83
a. Verfahren	83
b. Quorum	84
3. Die Wiederholung der Wahl nach § 27 Abs. I MitbestG	86
4. Die Herkunft der Bewerber für die beiden zu besetzenden Aufsichtsratsämter	88
5. Die Durchführung der Wahl	90
a. Konstituierende Sitzung des Aufsichtsrates	90
b. Leitung der konstituierenden Sitzung	90
II. Die Stellung des Aufsichtsratsvorsitzenden und seines Stellvertreters	92
1. Stellung des Aufsichtsratsvorsitzenden	92
2. Stellung des Stellvertreters	94
III. Die Wahl "weiterer" Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden	96
1. Problemstellung	96
2. Meinungsstand	96
3. Stellungnahme	98
a. Praktische Relevanz	98
b. Beschränkung der Wählbarkeit auf Aktionärsvertreter im Aufsichtsrat	99
c. Auslegung von § 27 MitbestG	99

aa. Gesetzeswortlaut	100
bb. Entstehungsgeschichte	101
cc. Normzweck	102
dd. Zwischenergebnis	102
d. Berücksichtigung des allgemeinen Aktienrechts	103
e. Lösungsvorschlag Westermanns	107
4. Ergebnis	109
IV. Die Amtszeit des Aufsichtsratsvorsitzenden und seines Stellvertreters	109
1. Die Amtszeit im Normalfall	109
2. Die Amtszeit bei vorzeitiger Vakanz eines der beiden Ämter	110
a. Problemstellung	110
b. Meinungsstand	111
c. Auseinandersetzung und Kritik	113
aa. Fehlen einer speziellen gesetzlichen Regelung	113
bb. Zweck des besonderen Wahlverfahrens nach § 27 MitbestG	114
cc. Praktische Gesichtspunkte	116
dd. Wegfall der Geschäftsgrundlage?	117
ee. Mißbrauchsgefahr	118
d. Ergebnis	119
e. Wahlverfahren der Nachwahl	119
<u>5. Kapitel:</u> Die Beschlußfassung im mitbestimmten Aufsichtsrat	121
I. Allgemeine Vorbemerkungen	121

	Seite
II. Sitzungsvorbereitungen	122
III. Die Beschlußfähigkeit des mitbestimmten Aufsichtsrates	124
1. Die Regelung der Beschlußfähigkeit außerhalb des MitbestG	124
a. Die gesetzliche Regelung	124
b. Die Unternehmenspraxis	125
2. Die Beschlußfähigkeit nach dem MitbestG	125
a. Die Regelung des § 28 MitbestG	125
b. Der Meinungsstand zur Frage der Beschlußfähigkeit nach dem MitbestG	126
aa. Herrschende Meinung	126
bb. Mindermeinung	126
c. Stellungnahme	127
aa. Gesetzeswortlaut von § 28 MitbestG	127
bb. Gesetzssystematik	128
cc. Entstehungsgeschichte von § 28 MitbestG	131
dd. Der Grundsatz der Gleichbehandlung aller Aufsichtsratsmitglieder	134
ee. Verfassungsrechtlich gebotene Verstärkung der Rechte der Anteilseignerseite?	136
d. Ergebnis	137
IV. Die Vertagung der Beschlußfassung des mitbestimmten Aufsichtsrates	138
1. Das Problem der Zufallsmehrheiten	138
a. Ausnutzen einer Zufallsmehrheit als Rechtsmißbrauch	138
b. Die gemischte Beschlußfassung	139
2. Vertagungsklauseln	140

a. Rechtspraxis	140
b. Meinungsstand	141
c. Stellungnahme	142
aa. Vertagungsklauseln als Ergänzung des Gesetzes im Sinne von § 23 Abs. V S. 2 AktG	143
bb. Vertagungsklauseln als satzungsmäßige Qualifizierung der Beschlußfähigkeit nach § 28 MitbestG?	144
cc. Allgemeine Grenzen einer Vertagungsklausel	146
aaa. Gleichbehandlungsgrundsatz	146
bbb. Funktionsfähigkeit des Aufsichtsrates	148
d. Ergebnis	152
V. Die Abstimmung im Aufsichtsrat gemäß § 29 MitbestG	152
1. Vorbemerkungen	152
a. Allgemeine Abstimmungsgrundsätze des AktG	152
b. Beschlußmehrheiten des § 29 MitbestG	153
c. Der Gedanke des Abstimmungsverfahrens nach § 29 Abs. II MitbestG	155
2. Das Verfahren des § 29 MitbestG	158
a. Die erste Abstimmung	158
b. Die zweite Abstimmung	159
aa. Das Antragsrecht auf Durchführung der zweiten Abstimmung	160
aaa. Die verschiedenen Auffassungen zum Antragsrecht	160
aaaa. Alleiniges Antragsrecht des Aufsichtsratsvorsitzenden	160
bbbb. Antragsrecht jedes einzelnen Aufsichtsratsmitgliedes	161
cccc. Satzungsautonome Regelungen des Antragsrechts	161

	Seite
ddd. Alleinige Kompetenz des Aufsichtsrates	162
bbb. Stellungnahme	162
aaaa. Antragsrecht des Aufsichtsratsvorsitzenden	162
bbbb. Antragsrecht des Vorstandes	164
cccc. Antragsrecht des einzelnen Aufsichtsratsmitgliedes	165
ddd. Satzungsautonome Regelung des Antragsrechts	168
eeee. Bestimmung des Antragsrechts durch den Aufsichtsrat	171
ccc. Ergebnis	172
bb. Die Terminierung der zweiten Abstimmung	173
cc. Die Durchführung der zweiten Abstimmung	176
dd. Das Zweitstimmrecht des Aufsichtsratsvorsitzenden	178
aaa. Gegenstand der Entscheidung	178
aaaa. Meinungsstand	179
bbbb. Praktische Relevanz des Meinungsstreits	180
cccc. Auseinandersetzung und Kritik	180
ddd. Ergebnis	187
bbb. Abgabe der zweiten Stimme des Aufsichtsratsvorsitzenden	188
aaaa. Meinungsstand	188
bbbb. Stellungnahme	189
cccc. Ergebnis	192
ccc. Rechtspflicht des Aufsichtsratsvorsitzenden zur Abgabe der Zweitstimme?	193

	Seite
aaaa. Allgemeine Voraussetzungen einer Abstimmungsspflicht	193
bbbb. Beispielsfälle	195
ddd. Zeitpunkt der Abgabe der Zweitstimme	196
eee. Uneinheitliche Stimmabgabe des Aufsichtsratsvorsitzenden	198
aaaa. Meinungsstand	198
bbbb. Stellungnahme	199
cccc. Ergebnis	202